

Ökonomie

Liebe LeserInnen,

streng genommen ist dieser Schwerpunkt eine Mogelpackung – schließlich schreibe ich hier frech „Ökonomie“ drüber, als hätten wir hier zu allem, was zu diesem Riesen-Themenbereich gehört, auch etwas geschrieben. Dann wären wir allerdings noch gaaanz lange nicht fertig, und das HUI wäre zu schwer für den Versand. Nun ja, Mogelpackungen sind gerade in der Ökonomie auch keine Seltenheit, und in diesem Schwerpunkt wird auch die eine oder andere vorgestellt. Nachdem ein praktischer Ansatz für lokales Wirtschaften im Tauschring-Schwerpunkt des letzten HUI vorgestellt worden ist, geht es diesmal eher um die Weltwirtschaft und die Theorien (oder Ideologien) die dahinter stecken. Für vieles, worum sich die Ökologiebewegung kümmert, fallen auf dieser erst einmal fern scheinenden Ebene wichtige Vorentscheidungen. Das fällt ihr zum Glück auch mehr und mehr auf – ökologisch engagierte Leute und Gruppen tauchen in den letzten Jahren immer öfter auf Aktionen gegen weltweite wirtschaftspolitische Konferenzen auf, wo genau diese Entscheidungen fallen – für gewöhnlich gegen Mensch und Umwelt. Da ist es auch kaum ein Zufall, dass just zum Redaktionsschluß dieses HUI das Thema „Widerstand global“ im aktuellen Greenpeace-Magazin Titelthema geworden ist. Aber keine Sorge, falls Ihr das Blatt schon habt, wir haben keineswegs die dortigen Artikel abgeschrieben – wie gesagt, das Thema ist mehr als umfangreich genug. Einführendes, Theoretisches, Aktionistisches, Studienbezogenes und Weiterführendes – ich hoffe, in dieser Zusammenstellung können alle genug Interessantes finden.

Angenehme Lektüre wünscht

Mark Obrembalski

Inhalt

Im Zweifel für den Handel – „Freihandel“ gegen Demokratie und Umwelt	11
Umweltschutz muß antikapitalistisch sein!	14
Umweltschutz von unten - 10 Tage Aktionen gegen Marktorientierung	15
Erklärung zur Umweltkonferenz 2001 der Bündnisgrünen	16
Stichwort: Verschmutzungszertifikate	18
Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik	19
Amerikanische Wissenschaftler beweisen: Wirtschaft studieren macht fies	23
WWW-Tipps zum Thema	25

Im Zweifel für den Handel – „Freihandel“ gegen Demokratie und Umwelt

Seattle, Prag, Davos - im Fernsehen und in der örtlichen Tageszeitung bekommt man wohl mit, dass sich auf Konferenzen von WTO, WEF, IWF und wie sie nicht alle heißen, Politiker und Lobbyisten treffen, dass es um Weltwirtschaft geht und dass gegen solche Treffen auch nicht gerade wenige Aktionen laufen. Worum genau es nun eigentlich geht, erfährt man nicht so oft. Da es eine ganze Menge von internationalen Wirtschaftsorganisationen gibt, soll es in diesem Artikel einmal hauptsächlich um diejenigen gehen, die für den sogenannten "Freihandel" zuständig sind. Die größte dieser Organisationen ist mit 140 Mitgliedsländern die WTO (World Trade Organisation, die Organisation deren Versammlung in Seattle durch Blockadeaktionen teilweise verhindert worden ist), deshalb wird es in diesem Artikel überwiegend um sie gehen. Andere, regionale Freihandelsabkommen wie die NAFTA in Nordamerika funktionieren aber ähnlich.

Was ist mit "Freihandel" eigentlich gemeint? Wie so oft in wirtschaftlichen Angelegenheiten gibt es da zunächst einmal eine "klassische" oder "liberale" Theorie (eben das, was in einem durchschnittlichen VWL-Lehrbuch nachzulesen ist), nach der das

etwas ganz Tolles ist. Volkswirtschaftlich am sinnvollsten ist es, so besagt diese Theorie, wenn es

keinerlei Vorschriften gibt, die den Handel zwischen verschiedenen Ländern beschränken

oder gar verbieten. Dadurch würde jedes Land die Dinge (und Dienstleistungen) herstellen und exportieren, die es am billigsten anbieten kann und diejenigen einführen, deren Eigenproduktion besonders teuer wäre. Selbst ein Land, das nichts besonders billig produzieren kann, würde profitieren, da es das herstellen könnte, wo es immerhin noch vergleichsweise billig ist und wenigstens die in Eigenproduktion besonders teuren Güter einführen könnte. Auch würde der freie Handel, da Konkurrenz das Geschäft belebt, Innovationen fördern und auch damit den allgemeinen Wohlstand steigern.

Wie so oft in der (vulgär-)liberalen Wirtschaftstheorie funktioniert diese Annahme aber nur, wenn man

alles mögliche vernachlässigt, was nicht ins theoretische Konzept passt

in der Praxis aber leider weiter vorhanden ist. Zunächst einmal geht die Annahme davon aus, dass Kapital immer in den Ländern bleibt, wo es ursprünglich vorhanden ist und nicht einfach aus den

Ländern abgezogen wird, wo die Produktion wenig lohnend ist. Da die meisten Anhänger des freien Warenhandels (und zwar gerade die, die auch politische Entscheidungen dazu beeinflussen) aber auch unbeschränkte internationale Kapitalmärkte wollen und sich Kapitalflucht ohnehin nicht leicht verhindern lässt, ist diese Annahme in Wirklichkeit falsch. Dann gibt es auch viele

Ziele, die sich gar nicht oder nur zum kleinen Teil mit Handel verfolgen lassen:

Gerade in Sachen Ökologie ist das meist der Fall - saubere Luft, Erhaltung bedrohter Arten, oder einfach die einigermaßen gute Sicherheit, dass unser Essen nicht vergiftet ist sind nur einige Beispiele (an denen es bekanntlich auch prompt hapert...). Auch aus anderen Bereichen ließe sich vieles nennen, was gar nicht oder nur sehr beschränkt gehandelt werden kann. Wenigstens solange wir nicht alle weltweit nach einer passenden Schule oder Uni suchen, gehört etwa auch das Bildungswesen dazu. Freier Handel ist da nicht nur wirkungslos, vieles was unternommen wird, um auch für diese Güter zu sorgen, beschränkt nebenbei den Handel, was wir am Beispiel BSE im Moment ja täglich mitbekommen. Fragen können wir uns auch, ob wir andauerndes Wachstum und ständige Innovation, und das alles



noch so stark wie möglich, überhaupt wollen. Diese Frage wird von den Verfechtern des Freihandels einfach als (mit "Ja") beantwortet betrachtet. Auch die Ungleichheit zwischen Industrieländern und Dritter Welt wird einfach ignoriert: Ob die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen auf Kolonialismus, militärischer Gewalt, aufgedrängter Verschuldung beruhen - wie auch immer sie zustande gekommen sind, auf dieser Basis sollen die Länder nun miteinander Handel treiben. Selbst wenn dies überall zu Wachstum führen sollte:

Die bestehende Ungleichheit kann sich leicht noch verstärken,

weil das Wachstum in benachteiligten Regionen wesentlich schwächer ausfallen wird als anderswo. Freier Handel ist daher sicher kein fairer Handel. Innerhalb der Länder verschärft sich das Problem noch - die Theorie betrachtet ja immer nur die Volkswirtschaft als Ganzes, aber nicht die einzelnen Menschen. Auch wenn nur die Reichen noch reicher werden und die Armen ärmer, kann das im statistischen Durchschnitt immer noch als größerer Wohlstand "des Landes" erscheinen. Vor allem in den Ländern der Dritten Welt führt die Freigabe des Handels oft dazu, dass die einheimische bäuerliche und handwerkliche Produktion durch Billigimporte von Industriegütern verdrängt wird. Arbeitslosigkeit und größere Armut sind die Folge - das glatte Gegenteil von dem, was die Verfechter des Freihandels vordergründig versprechen.

Für die WTO und die Wirtschaftspolitiker, die sie gegründet haben, gelten diese Einwände offenbar wenig: Einziges Ziel der WTO ist es, dafür zu sorgen, dass möglichst alles abgeschafft wird, was den freien Handel behindert. Das Ziel einer "nachhaltigen Entwicklung" hat es in den WTO-Verträgen gerade einmal in die Präambel geschafft, die keine rechtliche Wirkung hat. Gehaltvollere Begriffe („Nachhaltigkeit“ kann bekanntlich alles Mögliche heißen) fehlen gleich ganz. So gilt für die WTO und damit für ihre Mit-

gliedsstaaten: Im Zweifel geht der Handel fast allem anderen vor.

Und die Regeln der WTO stehen nicht nur auf dem Papier. Zur Organisation gehört

eine Art internationales Gericht, bei dem Staaten verklagt werden können,

die verbotenerweise den Handel behindern. Wird ein Staat verurteilt, dann muss er seine WTO-widrigen Gesetze ändern, oder der

Gesetz und bekamen recht. Da die Fangmethode keinen Einfluß auf das eigentliche Produkt, den Tunfisch hat, gilt ein Gesetz, das die Einfuhr deswegen verbietet, als verbotene Beschränkung des freien Handels. Dass damit ein ganz anderes Ziel verfolgt wurde, der Schutz einer bedrohten Tierart, spielte in dem Verfahren keine Rolle. Einige Jahre später wurde ein US-Gesetz für illegal erklärt, das die Einfuhr von Treibstoffen



Kläger kann Strafzölle auf Einfuhren aus dem verurteilten Staat erheben. Auf welche, das kann er sich weitgehend aussuchen (da stört es dann auch nicht, dass dies den angeblich für alle Seiten immer nur guten Handel dann auch beschränkt). Klingt das jetzt noch eher harmlos? Einige Beispiele sollen zeigen, dass es das keineswegs ist:

In einem Fall, der noch vom Vorgänger der WTO, dem GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), entschieden wurde,

ging es um ein US-Gesetz zum Schutz von Delphinen.

Dieses Gesetz sah Auflagen für die Tunfisch-Fischerei vor, um den Beifang von Delphinen zu vermindern. 1991 wurde das Gesetz auch auf Importe von Tunfisch ausgedehnt, die nur noch aus Ländern erlaubt waren, die ebenfalls für den Schutz der Delphine sorgten. Mexiko und später auch die EU klagten vor dem Schiedsgericht des GATT gegen dieses

nur erlaubte, wenn die Hersteller dafür sorgen, dass bestimmte Schadstoffe darin vermindert werden. Zwar erkannte das Gericht an, dass die Luftreinhaltung grundsätzlich ein erlaubtes Ziel ist, hielt es aber nicht für erwiesen, dass die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen dazu notwendig waren. Im Zweifel für den Freihandel, der Klage wurde stattgegeben.

Aber auch als Kläger sind die USA bei der WTO aufgetreten und hatten Erfolg. Seit 1988 ist es in der EG verboten, in der Tiermast Hormone einzusetzen. Hormonfleisch darf auch nicht eingeführt werden, um mögliche Risiken für die Gesundheit der Verbraucher zu vermeiden. Die USA klagten gegen dieses Verbot, weil die Gesundheitsgefahren durch Hormonfleisch nicht erwiesen seien. Tatsächlich sind die möglichen Langzeitfolgen des Konsums für viele Hormone noch nicht so gründlich untersucht, dass man sicher sagen könnte, ob eine Gefahr besteht oder nicht. Einen solchen Beweis

verlangte aber das WTO-Gericht und erklärte die EU-Bestimmungen für illegal. Das Argument, dass

im Umwelt- und Verbraucherschutz das Vorsorgeprinzip gelten sollte,

nach dem Umwelt und Verbraucher im Zweifel auf der sicheren Seite stehen sollen, erkannte die WTO nicht an. Sie verlangt einen hieb- und stichfesten wissenschaftlichen Beweis für die Gefahren. So einen Beweis findet man aber oft erst (zu) spät. Auch im Falle BSE war lange nicht bekannt, ob diese Seuche auf den Menschen übertragbar ist. Hier hat kein Staat bei der WTO geklagt, doch nach den Grundsätzen der WTO hätte wohl alle Welt lange Zeit auch die Einfuhr von britischem Rinderhirn erlauben müssen. Wegen des Hormon-Verbots haben die USA inzwischen Strafzölle auf verschiedene Waren aus der EU erhoben.

Unklar ist auch noch, wie sich die Bestimmungen der WTO eigentlich zu anderen internationalen Abkommen verhalten. Auch das Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht enthält Bestimmungen, die den "freien Handel" im Sinne der WTO einschränken. Und nicht alle WTO-Staaten haben dieses Protokoll unterschrieben. Dass es dabei um Umweltschutz geht und nicht um das Fernhalten von Konkurrenz spielt für die WTO ja keine Rolle.

Könnte ein Hersteller von FCKW mit Hilfe der WTO durchsetzen, dass er seine Ozonkiller wieder in alle Welt exportieren darf?

Verschärft wird das Problem dadurch, dass die meisten Umweltabkommen kaum Strafen für Verstöße vorsehen, die WTO-Verträge aber schon. Auch das trägt dazu bei, dass die Entscheidung im Zweifel für den Freihandel ausfällt. Reiche Industrieländer können es sich gelegentlich leisten, ein Urteil der WTO zu ignorieren und Strafzölle in Kauf zu nehmen. Ein lateinamerikanisches oder afrikanisches Land könnte sehr

schnell vor gewaltigen Problemen stehen.

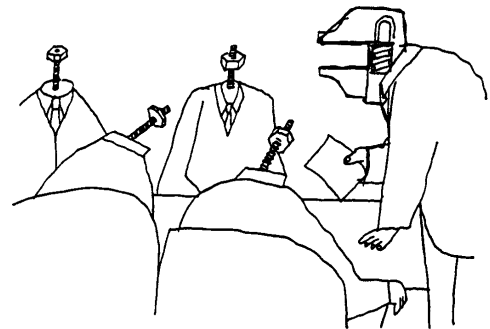
Die Fälle, die tatsächlich von der WTO entschieden werden, stellen aber nur die Spitze des Eisbergs dar. Noch größer dürfte die Zahl der Umwelt- oder Arbeitsschutzgesetze sein, die gar nicht erst erlassen werden, weil sie eine verbotene Beschränkung des Welthandels sein könnten. Nicht erst fertige Urteile beschneiden die Möglichkeiten der Politik, die WTO stellt auch schon eine Schere im Kopf der Politiker und der "Pragmatiker" in den sozialen Bewegungen dar, die sich dann erst gar nicht mehr für Verbesserungen einsetzen. Und Möglichkeiten, irgendwie auf die WTO Einfluss zu nehmen? Fehlanzeige - eine demokratische Kontrolle der WTO-Entscheidungen ist nicht vorgesehen. Die WTO selbst weist diesem Vorwurf gegenüber gerne darauf hin, dass man sich ja gegenüber den einzelnen Regierungen für eine Änderung der WTO-Verträge einsetzen könnte. Sehr aussichtsreich, wo sich jeder Staat hinter den anderen verstecken kann, die eine Vertragsänderung - "leider, leider" ja nicht mitmachen würden. Da bleibt wohl nur die Möglichkeit, sich gleich für einen Austritt einzusetzen. Oder noch besser für die Auflösung.

Weiter verschärft würde die Lage, wenn zusätzliche Abkommen über Investitionen beschlossen würden. 1998 sollte eigentlich - allerdings zunächst in der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development, eine Organisation der Industrieländer) das multilaterale Investitionsabkommen MAI beschlossen werden.

Dieses sah einen umfassenden Schutz von ausländischen "Investitionen" vor "Enteignung" vor.

Warum ich diese Begriffe in Anführungszeichen setze? Der Vertragsentwurf enthielt juristisch fein ausgearbeitete Definitionen für beides - eine "Investition" wäre

demnach so ziemlich alles gewesen, was für ein Unternehmen irgendeinen Wert hat. Und beinahe jede staatliche Maßnahme, die diesen Wert verringert, wäre eine entschädigungspflichtige Enteignung gewesen. Auch dieser Vertrag hätte ein Schiedsgericht vorgesehen, vor dem, anders als bei der WTO auch Privatunternehmen klagen können. Die Möglichkeiten dazu wären enorm gewesen: Ein Grundstück im Besitz eines ausländischen Unternehmens wäre natürlich eine Investition gewesen. Und ein städtischer Bebauungsplan, der die totale Versiegelung der Fläche verbietet? Es läge zumindest sehr nahe, dass dies schon als "Enteignung" angesehen worden wäre. Oder, um ein Beispiel aus der Hochschulpolitik zu nehmen: Wenn eine amerikanische Privathochschule einen Ableger in, sagen wir, Nordrhein-Westfalen gründet, dann greift das Land in diese Investition ein, wenn es die "Konkurrenz", nämlich die öffentlichen Hochschulen weiter finanziert. Die einzige Möglichkeit, das MAI einzuhalten, bestünde wohl darin, der Privathochschule in gleichem Maße Zuschüsse zu zahlen. Gegen das MAI hat es in



vielen Ländern großen öffentlichen Protest gegeben, nachdem ein geheimer Entwurf einer kanadischen Bürgerrechtsorganisation zugespielt worden war. Schnell stellte sich heraus, dass nicht einmal parlamentsabgeordnete über die Pläne Bescheid wußten, die OECD-Beamten und Handelsdiplomaten hatten ihnen wohl erst einen fertigen Vertrag zum Abnicken vorlegen wollen. Zunächst in Kanada, später auch anderswo - überall wo der Entwurf in die

breite öffentliche Diskussion kam, gab es heftige Proteste, so dass schließlich sogar das Europäische Parlament fast einstimmig eine sehr kritische Resolution zum MAI verabschiedete. Einige Zeit später zog sich Frankreich, wo es auch starke Proteste gab, aus den Verhandlungen zurück, die danach abgebrochen wurden. Aktivitäten gegen einen "Freihandel", der nur wirtschaftsliberalen Betonköpfen und einigen Vorstandsvorsitzenden recht sein kann,

können also durchaus auch erfolgreich sein.

Auch die WTO hat in Seattle ja schon heftigen Gegenwind bekommen. Doch auch die besagten Betonköpfe sind nicht faul: Teile

des MAI tauchen inzwischen im Rahmen der WTO und unter neuem Namen auf. Auch die WTO-Verhandlungen über den weiteren Abbau von "Handelshemmnissen" gehen, wenn auch etwas gedämpft, weiter.

Wenn soziale Bewegungen nicht nur den jeweiligen Plänen der Geheimdiplomatie nachlaufen wollen, müssen sie die Sache wohl verstärkt grundsätzlich angehen. Die Proteste gegen das MAI kamen auch daher, dass hier die Auswüchse der wirtschaftlichen "Liberalisierung" so leicht zu erkennen waren, dass sogar konservativen Abgeordneten in vielen Parlamenten der Unfug aufgefal-

len ist. An der verbreiteten Überzeugung, dass "freie Märkte" grundsätzlich etwas Gutes, ja das einzig Mögliche und „Natürliche“ sind (dabei ist Wirtschaften immer eine typisch menschliche Tätigkeit, die also nicht allein durch natürliche Faktoren festgelegt sein kann) hat sich aber noch nicht viel geändert. Neben dem Widerstand gegen weitere Schritte, politische Entscheidungen wirtschaftsliberalen Grundsätzen zu unterwerfen, muss es darum gehen, den Grundsätzen selbst die Glaubwürdigkeit zu nehmen.

Mark Obrebalski

Umweltschutz muß antikapitalistisch sein!

Schwerpunktthema der Artikel aus der Redaktion "Umweltschutz von unten" ist die Frage marktwirtschaftlicher Instrumente (wie z.B. Ökosteuern oder handelbare Verschmutzungszertifikate) mit ökologischen Zielen. Sie sind in Mode und werden mit hohem Aufwand von der modernen Dreieinigkeit der Macht "Regierung – Konzerne – NGOs" offensiv vertreten und umgesetzt. Doch die Einigkeit täuscht über vieles hinweg. Zum einen und schnell ersichtlich über die antidemokratische Orientierung solcher Instrumente und den Weg dahin. Was im Markt geschieht, entzieht sich jeglicher Mitbestimmung – nicht einmal eine (nutzlose) Wahl alle vier Jahre, um die ExekutorInnen der Verwertungslogik auszuwechseln oder zu bestätigen, ist mehr möglich. Und die NGOs als neue Teilhaber an der Macht täuschen eine "zivilgesellschaftliche" Diskussion nur vor. Sie sind völlig fern jeglicher Nähe zu den im Alltag dardenden Menschen, ja sogar zu ihrer eigenen Basis. Meist haben sie Parteibücher in der Tasche, die NGOs selbst sind abhängig von Staats- und Konzerngeldern. Schlimmer aber noch sind die antidemokratisch entwickelten Instrumente selbst. Sie verstärken den marktwirtschaftlichen Druck auf die Menschen und die Umwelt.

Marktwirtschaft bedeutet den Zwang zur Verwertung. Alles, was in den Markt eingebunden ist, unterliegt der Verwertung – Produkte, Produktionsmittel, Umwelt und die Menschen mit ihrer Arbeitskraft sowie, an Bedeutung gewinnend, Kreativität bis hin zu genetischem Material.

Die marktwirtschaftlichen Umweltinstrumente machen die Umwelt zur Ware

und werfen sie auf den Markt. Kaschiert wird das mit der Formulierung, daß die Natur einen korrekten Preis haben soll – aber genau das ist Marktwirtschaft pur. Dann ist sie kaufbar – von denen die das Geld dazu haben. Kapitalakkumulation wird erweitert um die Luft, das Wasser, die Rohstoffe bzw. das jeweilige Recht, sie zu "verbrauchen".

UmweltschützerInnen, den Verbänden, den Ökofirmen (Betriebe, Banken usw.) fehlt eine Analyse des Kapitalismus und der Marktwirtschaft. So verfallen sie der Dummheit, den Bock zum Gärtner machen zu wollen. Staat und Markt, die Hauptverursacher der Umweltzerstörung, werden plötzlich zu Hoffnungsträgern. Das aber sind sie nicht. Ganz im Gegenteil!

Jörg Bergstedt



Kuhhandel des Jahrtausends?

*iz3w-Sonderheft zur
»millennium round« der WTO*

Themen unter anderem:

- ▶ **Weltmarkt & Freihandel**
Neoliberal ins 3. Jahrtausend
- ▶ **Patenterte Gene**
Wem gehört die Saat?
- ▶ **Internationaler Agrarhandel**
Mais, Vieh & Milch
- ▶ **Dienstleistungen – Offene Märkte, geschlossene Gesellschaft**
56 Seiten, DM 6,- *Bestellung bei:*

iz3w ▶ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: info@iz3w.org · Internet:
www.iz3w.org

Umweltschutz von unten - 10 Tage Aktionen gegen Marktorientierung

“Für Umweltschutz ohne Markt, Staat + Profit” stand auf dem Transparent, das Umweltschutz-AktivistInnen mehrfach bei Aktionen hochhielten. Sie setzten damit vom 25.1. bis 4.2. in Berlin Contropunkte zu ökoneoliberalen Konzepten und Entwicklungen. Sie nutzten die Messe “Grünes Geld” und die Umweltkonferenz 2001 für ihren Protest, organisierten eigene Veranstaltungen, Seminare und Diskussionen.

Erste Station: Messe “Grünes Geld”

Hohe Renditen und große Chancen zum Geldverdienen – das sind die Kernaussagen für ethische Geldanlagen. So auch auf der Messe “Grünes Geld”, die vom 25.-27.1. in Berlin im Rahmen der Grünen

zung ökologischer Ziele einsetzt, schafft zudem ein Gefälle zwischen den Metropolen (wo das Geld eingesammelt wird) und der Peripherie (wo die Projekte verwirklicht werden). Solche Prinzipien können nicht die neue Plattform für ökologische Ziele sein, sondern müßten angegriffen und überwunden werden zugunsten eines Umweltschutzes von unten. Die Reaktion der anwesenden ZuhörerInnen auf dem Kongreß “Grünes Geld” war sehr gespalten: Einige lehnten die Aktionsform ab, andere auch die Inhalte, nach der kurzen Rede gab es aber auch vereinzelt Applaus. Die Bewertungen blieben auch in den Folgetagen unterschiedlich, doch ein Ziel erreichte die Aktion auf jeden Fall: Das Thema war drin. Ist die

referent, überzeugter Anthroposoph, jegliche Zusammenarbeit ab.

Seitensprung: Agenda-Debatte in Berlin

Am Abend des 25.1. sollte eine kritische Reflexion der bisherigen Agenda-Arbeit in Berlin laufen. Alle AktivistInnen, die am Tage noch auf der “Grünes Geld”-Messe waren, mischten sich in die Debatte ein. Enttäuschend: Von kritischer Reflexion war nichts zu spüren. Im Hauptvortrag verglich Hauptreferent Elmar Altvater zwar sehr zielsicher die Nachhaltigkeit mit einem Wieselwort, angelehnt an die Art des Wiesels, ein Ei so auszusaugen, daß es nicht zu sehen ist (“außen hui, innen leer”), bei seinen Vorschlägen für Konse-



Woche lief. Beim Auftakt des gleichnamigen Kongresse jedoch erhielt das Bild einen neuen Farbton: UmweltschützerInnen hielten ein Transparent mit der Aufschrift “Für Umweltschutz ohne Markt, Staat + Profit” hoch, verteilten eine “Ökozeitung gegen Markt und Kapital” und ließen sich auf verschiedene Diskussionen mit den Anwesenden ein. In einem kurzen Redebeitrag bezeichneten sie den Staat und die Verwertungslogik des Marktes als Hauptursachen für Umweltzerstörung und Unterdrückung von Menschen. Wer Geld als Mittel zur Durchset-

Ist die Orientierung an Markt und Profit mit den ethischen Zielen verbindbar? Müssen nicht zusätzliche Kriterien her, z.B. zur Mitbestimmung der Bevölkerung dort, wo Projekte aufgebaut werden? Einige VertreterInnen von Firmen äußerten Kritik an der Aktion, zeigten aber im Laufe der Gespräche immer mehr Akzeptanz für die inhaltlichen Positionen. Andere zeigte gleich offen ihre Sympathie und nur in einem Fall (GLS-Bank) war das schon vorher vereinbarte Gespräch sehr kurz: Aufgrund der Aktion lehnte der Öffentlichkeits-

quenzen bot er aber das gewohnt schwache Bild, warb für die Organisation ATTAC, die eine Besteuerung von spekulativen Währungstransaktionen als wichtigstes Ziel hat (was das wohl ändern soll?), oder ähnliche Reförmchen. Noch schlimmer formulierte Zweitredner Stefan Richter, Agenda-Koordinator der Grünen Liga Berlin, der in gestelzten, inhaltsleeren Redebeiträgen weiterhin auf die Agenda setzte. Auch weitere Redner benannten keinerlei Perspektiven. Nur eines: In Mode kam der Begriff “Revolution” – fast alles, was zur Zeit läuft, war

“revolutionär”. Das und überhaupt die fehlenden Perspektiven kritisierten die Umweltschutz-von-unten-Akteure. Sie entwickelten eigene Vorschläge für Projekte, die von unten organisiert werden: “Die Innenhöfe den Menschen, die dort wohnen. Die Schulhöfe den SchülerInnen. Die Straßen und Grünanlagen den Menschen in den Kiezen. Die Energieanlagen denen, die die Energie auch brauchen”. Niemand ging mehr auf diese Vorschläge ein. Von Altvater bis zu den offensiven Agenda-21-Fans wurden sie übergangen oder gar abgelehnt. Das Treffen ging ohne Ergebnis zuende. Niemand störte sich daran. Eine Runde von Grünen, die VeranstalterInnen waren, stand am Ausgang zusammen und freute sich über den harmonischen Abend und ärgerte sich über die “Plattitüden” der Umweltschutz-von-unten-AktivistInnen, die “intellektuell doch gar nicht auf unserem Niveau sind”. Politik von oben halt!

Vorträge und Workshops

Im Laufe der folgenden Woche kam es in Berlin zu mehreren Informationsveranstaltungen, z.B. zu den Perspektiven herrschafts- und vermarktungsfreier Gesellschaft (“Freie Menschen in Freien

Vereinbarungen”) und zu “Ökostrom von unten”. Ein Höhepunkt wurde der Workshop zu Energie-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften vom 2.-4.2. im Haus am Wannsee. Ca. 20 Interessierte aus Hausprojekten, BHKW-BetreiberInnen, Anlagenplaner und Berater mit verschiedenen Schwerpunkten entwickelten die Vision einer Strom- und Wärme-EVG, in der alle gemeinsam die Energieanlagen besitzen und betreiben. Kreative Ideen zur eigenen Organisationsform und zum Umgang mit den widrigen Rahmenbedingungen innerhalb einer Marktwirtschaft, der sich die ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaft entziehen will, wurden diskutiert.

Aktionen auf der Umweltkonferenz 2001

Am 4.2. trafen sich in Berlin SpitzenfunktionärInnen der drei Gruppen, die auch bei anderen Anlässen (Bündnis für Arbeit, Gesundheitspolitik usw.) per Selbstdefinition die Gesellschaft repräsentieren und deshalb Entscheidungen treffen können: Konzerne, Regierungen und als Akzeptanzbeschaffer die großen Verbände, neudeutsch als NGOs bezeichnet. Es ging um Instrumente, die der Um-

welt einen Wert geben sollen – und zwar einen in Geld ausdrückbaren. Dagegen und gegen die Zusammensetzung der Tagung wandten sich Aktionen vom Anti-Atom-Plenum (vor der Tür) und von Basisgruppen-AktivistInnen aus verschiedenen Gruppen im Saal. Zu Beginn der Rede von Umweltminister Trittin wurde ein großes Transparent “Regierungen und Konzerne sind Täter, nicht Schützer” entrollt. Zudem sollte eine Resolution verlesen werden. Das aber wurde von Sicherheitskräften per Hinausdrängen aus dem Saal und Androhung stärkerer Gewaltanwendung verhindert. Der Redner erhielt sofort Hausverbot und wurde von der Security aus dem Veranstaltungsort entfernt. Während der anschließenden Veranstaltung konnten die verbliebenen Aktivisten jedoch einzelne Diskussionsbeiträge einbringen und erhielten teilweise Applaus für ihre Kritik der marktwirtschaftlichen und obrigkeitstaatlichen Orientierung des Umweltschutzes. Die Resolution und die “Ökozeitung gegen Markt und Kapital!” (<http://www.projektwerkstatt.de/download>) konnte verteilt werden.

Erklärung zur Umweltkonferenz 2001 der Bündnisgrünen

(4.2.01 in Berlin, ein Verlesen wurde nach dem ersten Absatz durch den Sicherheitsdienst verhindert. Das Transparent “Regierungen und Konzerne sind Täter, nicht Schützer”, war etliche Minuten zu sehen.)

Mit diesem Text und der Protestaktion gegen das Treffen von Regierungs-, Konzern- und NGO-FunktionärInnen möchten wir gegen einen Umweltschutz protestieren, der die Umwelt zur Ware und die kapitalistische Marktwirtschaft zur einzigen Zukunft macht. Wir möchten Alternativen vorstellen und diese einfordern.

Zunächst aber das, in dem wir uns einig sind: Der Umwelt geht es schlecht. Mit der Ausrottung von Tieren und Pflanzen, der Veränderung und Privatisierung von Boden, Wasser, Luft, Klima, Tieren, Pflanzen und ihren Genen sowie der Zerstörung von Landschaften

wird jedoch nicht nur die Natur zerstört, sondern auch die Lebensgrundlage von Menschen. Das trifft die Menschen sehr unterschiedlich - die, die das Geld haben, sich ihre Umwelt mit technischen Mitteln zu reparieren, die per Auto oder Flugzeug in weite Ferne fliegen und den Folgen der Zerstörungen entfliehen können und die durch ihre Macht viele Folgen der Umweltzerstörung auf andere Menschen und Gebiete abwälzen können, trifft es bislang nur wenig. Die überwältigende Mehrheit der Menschen aber kann das nicht. Sie trifft es bereits seit Jahren und Jahrzehnten hart. Armut, Kriege, Flucht und Abhän-

gigkeiten sind vielerorts auch Folge von Umweltzerstörungen. Menschen durch die Zerstörung der Umwelt die Chance zum Überleben zu nehmen, ist Mord. Angesichts der vielen Toten und Vertriebenen ein Massenmord.

Die Veränderungen auf der Erde sind nicht die Folge bedauerlicher Irrtümer, Fehler oder gar Naturkatastrophen, sondern die Wirkung radikaler Verwertungs- und Profitlogik sowie der dahinterstehenden Herrschaftssysteme. Kein Castor, kein Atomkraftwerk, keine monopolisierte Saatzucht samt Gentechnik, keine Müllberge und -schiebereien, keine Verseuchung

ganzer Landschaften, kein Riesenstaudamm und keine Megaverkehrstrassen - nichts gäbe es ohne den Willen zum totalen Profit und ohne einen Staat, der mit seiner Gewalt alles durchzusetzen versucht, das dem Profit dient.

Seitdem sich die Logik der Verwertung durchgesetzt hat, kommt immer mehr unter den Hammer. Zunächst der Boden und die darauf stehenden Gebäude, dann die Rohstoffe und die daraus gefertigten Maschinen und Gegenstände, schließlich das Leben selbst, Tiere, Pflanzen und jetzt neu die Gene - auch des Menschen. Aus allem wird erst Eigentum, dann Ware zwecks Profitmaximierung.

Unternehmer, allen voran die Konzerne, sind Nutznießer dieser Verwertungs- und Profitlogik. Diese Firmen sind die einen Exekutoren der Verwertung. Der andere ist der Staat, der über seine Organe, die Vertreibung unerwünschter Menschen aus den Innenstädten oder dem ganzen Land, die ständige Zurichtung auf die Verwertung von Körper und Kreativität die wichtige Basis schafft. Viele NGOs, vor allem aber ihre SpitzenfunktionärInnen sind, wie es auch heute hier geschieht, Akzeptanzbeschaffer für all das geworden. Seit Jahren sind viele dieser NGOs geschmiert mit Millionen aus den Kassen von Staat und Konzernen.

UmweltschützerInnen, die dagegen protestieren oder andere Wege gehen, gibt es. Wir, die wir uns als Teil dieser verstehen, wollen nicht länger versteckt bleiben. Wir haben eine andere Auffassung von Umweltschutz, wir wenden uns gegen die Logik von Verwertung und Herrschaft.

Auch Umwelt wird zu Ware. Die Konzepte, die diskutiert werden, geben der Umwelt einen Preis - zum Kaufen und Verkaufen. Die Ökosteuer berechnet den Wert der Umwelt - wer viel Geld hat, kann sie kaufen, d.h. sie verbrauchen bis verschwenden. Zertifikate erweitern diese Logik weltweit - die reichen Länder können den ärmeren zukünftig ihre Umwelt abkaufen. Eine perverse Logik der

totalen Verwertung. Selbstverpflichtungen dienen als Freibriefe zum "Weiter so". Und einflußlose Dialoge der Sorte Agenda 21, Runde Tische oder Mediationen sollen darüber hinwegtäuschen, daß die realen ~~Beteiligungsrechte~~ immer weiter beschnitten werden. Die Konzerne und ihre Helfershelfer entscheiden über die Köpfe der Menschen hinweg.

Staat und Markt aber sind mit ihrer Logik von Verwertung und Herrschaft niemals die richtigen PartnerInnen für den Schutz der Umwelt - genauso wenig wie sie es für die Rechte von Menschen auf Selbstbestimmung und Existenzsicherung sind. Darum fordern wir das Ende der ökoneoliberalen Ideen, des praktizierten kapitalismuskompatiblen Umweltschutzes und des Kapitalismus überhaupt.

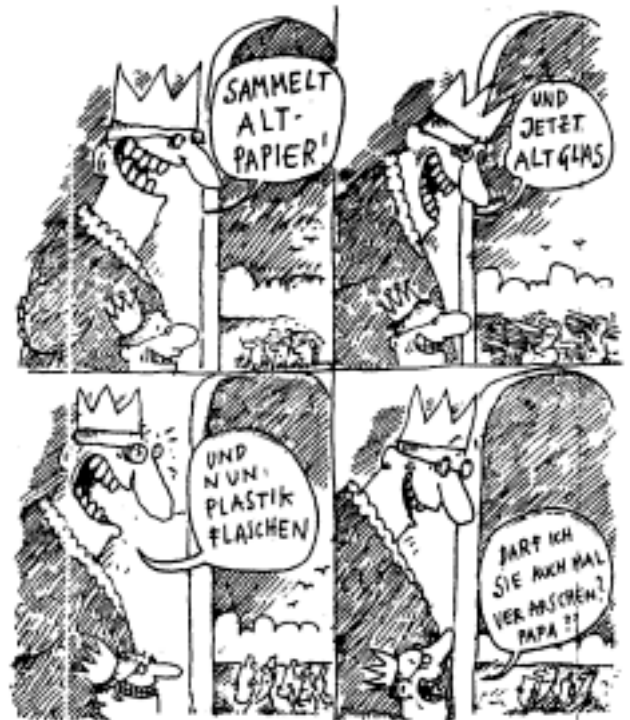
Statt dessen schlagen wir eine emanzipatorische Ökologie vor. Die Umwelt als Lebensgrundlage der Menschen muß wieder zur demokratischen Sache der Menschen werden - demokratisch im Sinne einer Selbstbestimmung, einer direkten Kommunikation und Kooperation zwischen den Menschen. Institutionen, Herrschaft und Verwertung haben in einer Gesellschaft der freien Menschen in freien Vereinbarungen nichts zu suchen.

Gebt die Häuser, Gärten und Innenhöfe den Menschen, die dort wohnen!

Die Straßen, Grünanlagen, Energienetze usw. den Menschen der Kieze, Stadtteile oder Dörfer!

Eine radikale Demokratisierung der Rohstoffe und Flächen macht alle Menschen und ihre Zusammenschlüsse zu gleichberechtigten Partnern: Es dürfen nicht länger Konzerne, Institutionen oder Re-

gierungen darüber bestimmen, ob und wo Erdöl, Uran, Aluminium oder andere Rohstoffe abgebaut werden, wo wer und wofür Rinderherden hält, Straßen baut, Wälder abholzt oder Waffentests durchführt.



Emanzipatorischer Umweltschutz bedeutet, daß die Menschen selbst zu den Entscheidenden werden. Sie gestalten ihre Umwelt selbst. Niemand kann dann die Folgen der Nutzung von Rohstoffen und Flächen auf andere abschieben - das können Konzerne und Regierungen aber heute!

Umweltschutz von unten ist das Gegenkonzept zu einem Umweltschutz, der auf Markt und Staat baut. Die Menschen, die um ihre Lebensgrundlagen fürchten und diese für ein gutes Leben brauchen, sind die richtigen PartnerInnen für den Umweltschutz. In einigen Ländern haben die Menschen das auch schon begriffen - in Equador beteiligten sich viele UmweltschützerInnen am Versuch der Revolution im letzten Jahr. In Italien stürmten Aktions- und Umweltgruppen u.a. Gentechnikausstellungen. Bei der Verhinderung des WTO-Gipfels in Seattle waren viele Ökogruppen beteiligt.

Wo ist dieser Prozeß in Deutschland? Es wird Zeit für einen Aufstand gegen Verwertungslogik und Herrschaft. UmweltschützerInnen sollten sich daran beteiligen, also

Teil einer entstehenden antikapitalistischen Bewegung sein statt auf die Kräfte zu setzen, die Hauptverursacher der Umweltzerstörung sind - also Konzerne und den

Markt, den Staat und seine Organe.

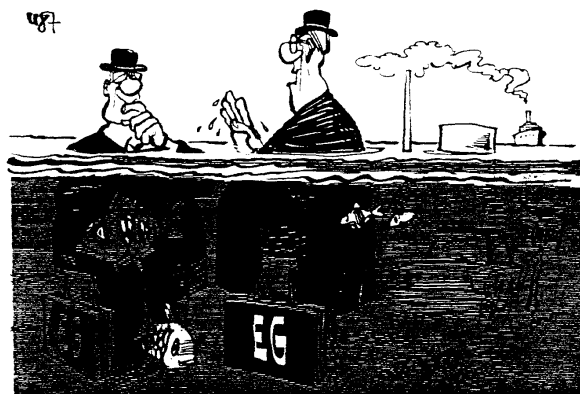
Umweltschutz von unten

Stichwort: Verschmutzungszertifikate

Verschmutzungszertifikate sind Wertpapiere, die dem Besitzer das Recht geben, z.B. eine bestimmte Menge eines Schadstoffs in die Luft oder ein Gewässer zu leiten. Wie andere Wertpapiere auch können sie frei gehandelt werden. Sie werden als „marktorientiertes Instrument der Umweltpolitik“ von vielen UmweltökonomInnen befürwortet, sind aber bisher nicht sehr verbreitet. Befürworter weisen darauf hin, dass damit jedes politisch gewollte Umweltziel erreicht werden kann, weil sich die Gesamtmenge an Zertifikaten entsprechend festlegen lassen. Durch die Möglichkeit des Handels würden die Rechte auch sehr effizient verteilt. Kritik an dem Konzept wird auf verschiedene Arten geübt: Manche Kritiker weisen darauf hin, dass Umweltzertifikate praktisch nur mit großen Schwierigkeiten umgesetzt werden könnten. Schon vor der Ausgabe müsste sehr genau definiert werden, für welche Umwelteingriffe in welchem Zeitraum und in welchem Gebiet sie gelten sollen – was soll passieren, wenn diese Grundlagen durch neue Erkenntnisse in Frage gestellt werden? Außerdem müsste we-

sentlich genauer überwacht werden als bisher, wer wann welchen Schadstoff ausstößt, da es ja keine klaren Auflagen und Grenzwerte für einzelne Betriebe mehr gäbe. Von anderen kommt grundsätzlichere Kritik: Durch die Einführung von Zertifikaten würde die Umwelt zu einer weiteren handelbaren Ware, über deren Nutzung nicht mehr politisch sondern durch Geld entschieden würde. Dies wäre nicht nur undemokratisch, es könnte auch die Bereitschaft zerstören, sich freiwillig umweltbewußt zu verhalten, da man für sein gutes Recht auf Verschmutzung ja bezahlt hätte. Auch könnten solche Instrumente nichts daran ändern, dass unsere Wirtschaftsweise grundsätzlich umweltfeindlich sei. Lobbyisten würden hohe Gesamtgrenzwerte oder schwache Kontrollen durchsetzen. Für die letzte Befürchtung gibt es

durchaus Belege: Im Rahmen der internationalen Verhandlungen zur Klimakonvention wird im Moment ein Zertifikatehandel für CO₂-Ausstoß diskutiert. Dabei sind



"Das muss man nicht gleich panikmacherisch Hochwasser nennen, wir erhöhen halt etwas den Grenzwert für Feuchtigkeit!"

inzwischen so viele Zusatzkontingente an Verschmutzungsrechten in die Debatte eingeführt worden, dass es sehr danach aussieht, als stünde am Ende der Verhandlungen keine Senkung sondern eine Steigerung der CO₂-Emissionen, die dann auch noch in Wertpapieren verbriefte wäre.

Mark Obrebalski



Kritik der verkürzten Kapitalismuskritik

Es ist wieder einiges los! Globale Aktionstage wie in Seattle, Prag, Davos, etc. werden zu großen Happenings, auf denen Tausende Menschen ihren Protest gegen Neoliberalismus, ökonomische Globalisierung und Kapitalismus nach außen tragen. Die Euphorie der erfolgreichen Aktionen hat die weltweite Bewegung neu erstarren lassen und auf Aktionstagen treffen sich Leute aus den unterschiedlichsten politischen Lagern. Vielfalt ist etwas sehr wichtiges für die linke Bewegung. Doch darf diese Vielfalt nicht zu inhaltlicher Beliebigkeit und äußerst verkürzten Analysen und Kritiken führen. Wir wollen hier die Positionen zweier in der letzten Zeit sehr stark hervorgetretener Organisationen stellvertretend untersuchen, aufzeigen an welchen Stellen sich eine verkürzte Kapitalismuskritik in ihren Publikationen zeigt und auf die daraus resultierenden Gefahren hinweisen.

Die in den folgenden Texten geäußerte Kritik ist ausdrücklich solidarischer Art und wird von uns als Anregung zu einer Diskussion verstanden. Also wenn ihr Kommentare oder Kritik habt, lasst sie uns bitte hören (Kontaktadresse am Ende des Artikels).

Verkürzte Kapitalismuskritik am Beispiel ATTAC Deutschland

Im letzten Jahr (2000) haben sich

verschiedenste Gruppen und Organisationen zusammengeschlossen, um unter dem Namen „Attac“ einige wirtschaftliche Auswirkungen von Globalisierung zu kritisieren. Das Spektrum der von der französischen ATTAC-Bewegung inspirierten Gruppen reicht von Organisationen, deren Mitglieder vor wenigen Jahren noch radikale, kapitalismuskritische Positionen vertreten haben bis weit hinein ins bürgerliche Lager zu Gruppen wie Pax Christi. Beim Lesen der Texte und Protokolle von Attac sowie in Diskussionsveranstaltungen wird deutlich, daß es ihnen immer nur um Teilaspekte von Marktwirtschaft geht. Die Systemfrage wird sehr bewußt nicht gestellt: die ehemals kritischen Gruppen wollen auf der einen Seite potentielle BündnispartnerInnen nicht verschrecken und haben auf der anderen Seite den Glauben an die Möglichkeit grundlegender Veränderungen verloren - der Großteil der beteiligten Gruppen hatte einen solchen Glauben jedoch noch nie in ihre Strategien integriert - hier ging es schon immer um Reformpolitik und Beteiligung an der Macht.

Spekulation und Produktion

„Rund 97% dieses Betrags [der Devisenumsätze auf den Weltkapitalmärkten] dienen nicht mehr produktiven, sondern rein spekulativen Zwecken, und haben sich

damit weitgehend von ihrer primären Funktion - der Finanzierung von Handel mit Waren und Dienstleistungen - entfernt [...] Internationale Finanzmärkte müssen wieder ihrer primären Funktion, der Finanzierung von Handel und Dienstleistungen, zugeführt und angemessen besteuert werden, um eine weltweit sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen“(2) Hier versucht ATTAC, die Wirtschaft in zwei Bereiche zu trennen - Produktion und Spekulation - und diese beiden Bereiche verschieden zu bewerten. Die Produktion wird als gut (schaffend) und die Spekulation als schlecht, raffend, begriffen. Schon die Trennung ist in dieser Form nicht haltbar. Aktiengesellschaften sind eine Form, in der Konzerne heute existieren. Die Produktion wird dort ermöglicht, indem Aktien einer Firma gekauft werden. Spekulation und Produktion sind miteinander verwoben und zwei zusammengehörende Teile, durch die Marktwirtschaft sich organisiert.

Noch unlogischer erscheint die unterschiedliche Bewertung von Spekulation und Produktion. Es gibt keinen Grund dafür, anzunehmen, daß Produktion generell eine Heilsbringerfunktion hat. Vielmehr gibt es Waren, deren Produktion für annähernd alle Menschen sehr schlecht ist (z.B. Kriegswaffen), sowie welche,



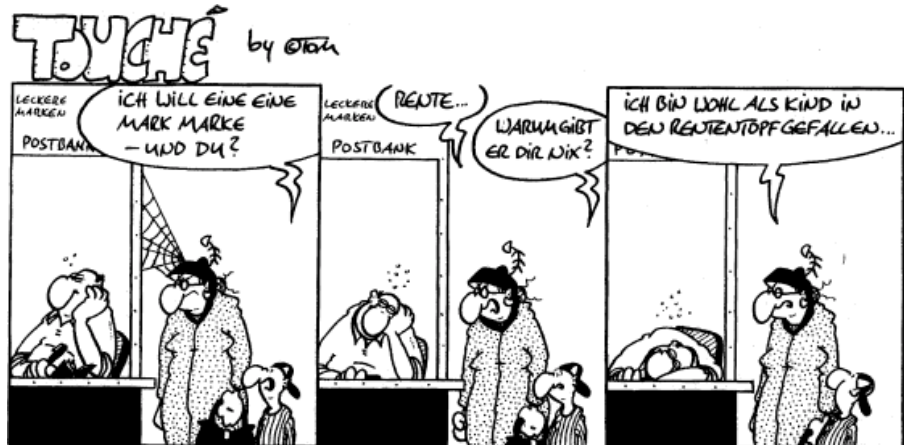
deren Produktion sinnvoller ist (z.B. Nahrungsmittel). Mit sehr vielen Waren, die heute produziert werden, können die meisten Menschen nicht wirklich etwas anfangen oder sie sind gar schädlich (z.B. für die Umwelt). Wenn Spekulation sehr stark besteuert werden würde, könnte es theoretisch in der Tat passieren (wie von Attac erhofft), daß einige SpekulantenInnen daraufhin statt dessen direkt in Produktion der Produkte investieren würde, die die höchsten Gewinne versprechen. Und daß das Produkte sein werden, die sozial sinnvoll sind, und eben nicht Kriegswaffen, ist mehr als unsicher. Somit bewirkt die Forderung nach Produktion statt Spekulation keine positiven Veränderungen.

Was das ganze jedoch noch schlimmer macht, ist, daß diese Trennung nicht einfach nur sinnlos ist, sondern ein antisemitisches Denkmuster bedient, das Juden ein raffendes Bild des Geldhändlers zugeschreibt. Diese Bilder sind bei vielen Menschen im Kopf und werden in rechtsradikalen Positionen auch heute verwendet. Wer diese falsche Wertung von Spekulation gegenüber Produktion aufgreift, spielt, egal ob gewollt oder ungewollt, der Rechten einen Ball zu, den sie gerne annehmen und benutzen, um ihren Antisemitismus zu legitimieren.

Das Verhältnis zwischen Transnationalen Konzernen und dem Nationalstaat

„Mit der Drohung, auf einen anderen Standort [...] auszuweichen, verfügen internationale Finanzkonzerne und KapitalbesitzerInnen über ein Erpressungspotential, mit dem sie die Politik auch demokratisch gewählter Regierungen ihrer Disziplin unterwerfen“ (1) Diese Position, die Regierungen als eine Art Gremium begreifen, die die Aufgabe hätten, die Volksinteressen „gegen die Interessen der Finanzkonzerne zu vertreten, läßt sich sehr häufig in bürgerlichen Argumentationslinien wiederfinden. Historisch läßt sich jedoch aufzeigen, daß Neoliberalismus und Globalisierung keineswegs gegen den Willen von Regierungen west-

licher Staaten auftraten, sondern mindestens mit deren Duldung erfolgten, wenn nicht sogar an einigen Stellen bewußt so gesteuert. So ist z.B. die Gründung von Organisationen zur Handelsliberalisierung wie der WTO oder Staatenzusammenschlüssen wie der EU ein von Regierungen bewußt initiiertes Prozeß gewesen. Auch neoliberale Theoretiker wie Milton Friedmann wurden noch von keiner Regierung westlicher Staaten



als Staatsfeinde begriffen. Daß es auch einen Druck großer Konzerne gab, in diese Richtung zu gehen, ist jedoch klar.

Auch bei einem Blick in die politische Gegenwart wird schnell deutlich, daß die Rolle von Regierungen in der zitierten Position verkannt wird. Selbst ein sozialdemokratischer Politiker wie Gerhard Schröder hat sich die Bezeichnung „Kanzler der Wirtschaft“ eingeholt und vertritt wirtschaftsfreundliche Positionen.

Wer an dieser Stelle entgegnet, daß der Kanzler ja gar keine Politik gegen den Willen der Wirtschaft machen kann und deshalb so handeln muß (wie sozialen Forderungen häufig entgegnet wird), vereinfacht die Situation zwar stark, ist dem realen Verhältnis zwischen Konzerninteressen und Nationalstaat aber schon ein ganzes Stück näher als Attac. Und genau das ist dann der Punkt, an dem deutlich wird, daß eine Kritik, die soziale Forderungen ernst nimmt, den kapitalistisch organisierten Nationalstaat in Frage stellen muß.

Der Nationalstaat als einheitliches Gebilde

Aus der Kritik an Spekulation leitet Attac die Forderung einer „Steuer auf internationale Finanztransaktionen (=Tobin-Tax) ab. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Attac dieser Forderung die Analyse, daß die Spekulation „die bedrohliche Instabilität und Volatilität (Schwankungintensität) des heutigen Finanzsystems verursacht“ (2) vorausgeht.

Hier stellt sich die Frage, ob Attac hier nicht genau das tut, was sich eigentlich IWF und Weltbank zur Aufgabe gesetzt haben - den Nationalstaat und das globale Finanzsystem erhalten und vor einem Zusammenbruch zu schützen. Da die Forderung nach Besteuerung im Attac-Grundsatzpapier nicht mit sozialen Umverteilungsforderungen einhergeht, wird der Nationalstaat offenbar als Einheit gesehen und herrscht der Glaube vor, daß eine positive Bilanz der Volkswirtschaft das Wohlergehen aller Menschen bedeutet. „Durch Finanzkrisen werden jahrelange Anstrengungen ganzer Volkswirtschaften zunichte gemacht“ (1), wird im Grundsatzpapier getrauert. Daß diese These falsch ist, wird schon beim kurzen Blick auf Börsenvorgänge deutlich: Des öfteren läßt sich dort beobachten, wie die Androhung von Konzernen, ArbeiterInnen zu entlassen, mit einem Anstieg des Aktienkurses einhergeht. In Nationalstaaten gibt es Interessengegensätze und eine soziale Politik muß daran ausgerichtet sein, den Interessen der ärmeren Bevölkerungsgruppen entgegenzukommen. Einfach das

Bruttosozialprodukt steigern zu wollen, hilft wenig.

(1): aus der „Erklärung zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte“ dem Grundsatzpapier des Attac-Bündnisses (siehe www.share-online.de)

(2) aus dem „Diskussionspapier zum ersten Ratschlag am 22.1.01“ (www.share-online.de)

Verkürzte Kapitalismuskritik - das Beispiel Linksruck

Wenn hier Linksruck als Beispiel für eine verkürzte Kapitalismuskritik ausgewählt wurde, so sind dabei zwei Hinweise notwendig: zum einen ist diese Art der Kapitalismuskritik selbstverständlich auch bei einer Reihe von anderen Gruppen und Personen anzutreffen, zum anderen wendet sich die hier geübte Kritik gegen die von Linksruck vertretenen Positionen, nicht gegen die Mitglieder der Gruppe, sie ist also als solidarische Kritik gemeint. Untersucht wurde das Heft „Strategien für AntikapitalistInnen“ (Herbst 2000) des Linksruck-Magazins *Sozialismus von unten*, das typische Beispiele liefert. Alle Zitate stammen

das reiche doch schon, um dagegen zu sein. Das ist richtig, aber die eher oberflächliche Analyse hat bedenkliche Folgen für Praxis und Perspektiven.

1. Personalisierung und Reduktion des Kapitalismus auf Klassenkampf

„Arbeiter, die unter Stellenabbau, längeren Arbeitszeiten und niedrigen Löhnen leiden, stehen dem selben Feind gegenüber - einer immer brutaleren und immer besser organisierten kapitalistischen Klasse, die über Grenzen hinweg operiert...“ (S. 17)

Kapitalismus erscheint hier nicht als soziales Verhältnis, sondern als das Werk der „kapitalistischen Klasse“. Daß alle im Kapitalismus lebenden Menschen darin verstrickt sind, fällt unter den Tisch, Kapitalismus wird auf Klassenkampf reduziert. Den gab es aber auch schon vorher, und zum Kapitalismus gehört auch noch einiges mehr. Zudem wird mit „den Kapitalisten“ (wer gehört eigentlich dazu und wer nicht?) ein Feindbild aufgebaut, dem die Schuld für die bestehenden Verhältnisse zugeschoben und zunehmende Brutali-

2. Bezug auf homogene „Weltarbeiterklasse“ mit gemeinsamen Interessen, Verkenning von Interessenskonflikten

„Die Weltarbeiterklasse ist heute viel größer und stärker als zu irgendeiner Zeit der Geschichte. Die Multis haben rund um den Globus expandiert, aber sie haben auch eine Weltarbeiterklasse geschaffen, die zunehmend ein gemeinsames Interesse hat.“ (S. 14) „Unsere Revolution ist eine Bewegung der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit...“ (S. 25)

Die Annahme, daß der deutsche Gewerkschafter und seine Frau, die ukrainische Migrantin, der ghanaische Bauer, der australische Aborigine eine Klasse mit gemeinsamen Interessen bildet, verkennt die zahlreichen Interessenskonflikte, die sich aus den unterschiedlichen sozialen Lagen ergeben. Der Arbeiter in Westeuropa könnte durchaus ein Interesse daran haben, daß seine Frau sich unbezahlt um Kinder und Haushalt und alle reproduktiven Arbeiten kümmert, daß die ukrainische Migrantin an der EU-Grenze abgewiesen wird und nicht Arbeitsplätze und Lohnniveau gefährdet, daß der Bauer in Ghana für den Kaffeexport anbaut. Und das hat nicht nur etwas mit Kapitalismus zu tun, sondern auch etwas mit Patriarchat, Nationalstaaten, Rassismus, Industrialisierung, mit vielfältigen Unterdrückungsmechanismen und gesellschaftlichen Zwängen. In dem Zitat aber werden die in vielfältiger Weise Unterdrückten alle in das vorgefertigte Schema des Proletariats gezwängt. Nur durch diese Vereinheitlichung werden sie zu einer Weltarbeiterklasse mit einem gemeinsamen Interesse - und dieses Interesse wird nicht von ihnen definiert, sondern von denen, die in ihrem Namen agieren und in ihrem Interesse die Revolution planen... Da helfen die Beteuerungen, daß man wirklich keine „aufgeklärte und organisierte Elite“ (S. 25) sein will, herzlich wenig.



aus diesem Heft und ausschließlich von Linksruck-AutorInnen. Generell läßt sich festhalten, daß von der Grundhaltung her antikapitalistische Positionen vertreten werden. Eine ernsthafte, tiefgehende Analyse des Kapitalismus, die über die Feststellung hinausgeht, daß das System massive Ungleichheit und Ungerechtigkeit produziert, findet sich allerdings kaum. Mensch könnte einwenden,

tät unterstellt wird. Die Brutalität ist jedoch keine generelle Eigenschaft der „Kapitalisten“, sondern ergibt sich primär aus den Zwängen der Struktur des Systems, der auch die „Kapitalisten“ unterliegen - selbst wenn sie in dieser Rolle ungleich mehr Freiheit, Wohlstand und Privilegien genießen.

3. **Simplex Basis-Überbau-Schema, Funktionalismus**

“Die herrschenden Ideen sind die Ideen der herrschenden Klasse. Das war bisher in jeder Gesellschaft so. Diese Ideen - ob Rassismus, Sexismus, Schwulenfeindlichkeit oder Ellbogenmentalität - erfüllen eine wichtige Funktion für die Politik der herrschenden Klasse... Die Arbeiter haben als Klasse kein objektives Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Ideen.” (S. 25)

Hier zeigt sich (neben der Wiederkehr der Argumentationsfigur vom objektiven Interesse *der* Arbeiter), daß das vereinfachte Schema in der Realität scheitert: die “herrschende Klasse” hat aus Angst um den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht das geringste Interesse an dem gewalttätigen Rassismus der Neonazis und propagiert vielmehr eine Ausgrenzung nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Leistung, die sich nicht an Hautfarben orientiert. Auch ist eine gewisse “Teamfähigkeit” eine gefragte Tugend in der neoliberalen Arbeitswelt. Der Funktionalismus funktioniert nicht: Nicht jedes Übel erfüllt eine wichtige Funktion im Kapitalismus. Gleichermaßen erfassen Slogans über die “historische Funktion des Faschismus als Rammbock gegen die organisierte Arbeiterschaft” (S.39) die gesellschaftliche und historische Realität viel zu verkürzt, wenn nicht schlichtweg falsch.

4. **Eindimensionaler Staatsbegriff**

“Nationalstaat” als “Instrument ... der herrschenden Klasse” (S. 42)
“Der Staat ist also der bewaffnete Flügel der herrschenden Klasse.”
“Wir brauchen eine Symmetrie zum Staatsapparat ... Eine Gegenwehr, die dezentral bleibt, hat keine Chance gegen die Herrschenden. Polizei, Justiz, Medien und Bildungssystem sind aufeinander abgestimmt.” (S. 26)

Es soll nicht bestritten werden, daß Teile des Staatsapparats in bestimmten Situationen als repressives Instrument zur Aufrechterhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse fungieren. Natür-

lich. Aber in dieser Pauschalität ist die Aussage nicht haltbar. Der Staat ist mehr als ein bewaffneter Flügel “der Herrschenden”, er ist eine “materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse”, zu der auch die Drogenambulanz und die Sozialkundeführerin gehören. Daß auch diese nur im Sinne der Herrschenden arbeiten, wie im letzten Satz angedeutet, tendiert in Richtung Verschwörungstheorie. Gerade in den Bereichen Medien, Sozialwesen und Bildungssystem gibt es genügend Menschen, deren Arbeit inhaltlich auf eine Kritik oder sogar eine Überwindung der herrschenden Verhältnisse abzielt, wenngleich auch sie die strukturellen Zwänge des Systems reproduzieren: auch die Sozialkundeführerin muß auf regelmäßige Anwesenheit achten und Noten vergeben und so zu Disziplin und Konkurrenz erziehen.

Problematisch ist der eindimensionale Staatsbegriff, der den Staat lediglich als Instrument der herrschenden Klasse sieht, auch und gerade deshalb, weil er die Illusion nährt, dieses Instrument könne in den richtigen Händen auch zum “Wohle der Menschen” verwendet werden. Staat heißt Herrschaft, heißt Zwang, und solche Mittel können nicht ohne weiteres menschlichen Zwecken dienen. Deswegen ist die Absicht, eine “Symmetrie zum Staatsapparat” aufzubauen, schlichtweg gefährlich: sie schafft neue Herrschaftsverhältnisse und Machtpositionen.

5. **Sozialistische Revolution als Heilserwartung**

“Das Ende des Kapitalismus samt Ausbeutung und Unterdrückung - das ist unser gemeinsames Ziel.”
“Nur die direkte Aktion *der Masse* kann ... den Kapitalismus mit all seinen Institutionen und seiner Unterdrückungsmaschinerie beseitigen.” (S. 24)
“Wir (!) wollen den Reichtum (des Kapitalismus) ... nutzen, um die Welt wieder in Ordnung zu bringen.” (S. 25)

Die Vorstellung dominiert, daß mit dem Ende des Kapitalismus - herbeigeführt durch eine sozialistische Revolution - auch jede Ausbeutung und Unterdrückung an ihr

Ende kommt. Daß zahllose Unterdrückungsverhältnisse durch die Enteignung der “Kapitalistenklasse” nicht berührt werden, sollte eigentlich durch den Lauf der Geschichte hinreichend klar geworden sein. Davon abgesehen entsteht der Eindruck, daß das Ende des Kapitalismus durch einen “qualitativen Sprung” von der schlechten zur guten Gesellschaft herbeigeführt werden wird, und nicht durch einen schrittweisen Prozess. Daß eine sozialistische Revolution automatisch zu einer unmittelbaren Veränderung in den Köpfen der Menschen führt, ist nur auf der fragwürdigen Grundlage eines Basis-Überbau-Determinismus vorstellbar. -

6. **Unkritisches Verhältnis zu Technologie**

“Der Kapitalismus hat riesigen Reichtum und technologischen Fortschritt geschaffen. Das brauchen wir auch in unserer zukünftigen Gesellschaft. ... Wir wollen den Reichtum nicht zerstören, sondern nutzen, um die Welt wieder in Ordnung zu bringen.” (S. 25)

Wie der Staat, so werden auch Industrie und technologischer Fortschritt als neutrale Mittel begriffen, die einfach einem besseren Zweck zugeführt werden müssen. Dabei wird ignoriert, daß die komplette Industrialisierung auf der fortdauernden Ausbeutung von Mensch und Natur beruht und ohne sie zusammenbrechen würde, daß sie zu Expertentum, Entmündigung und Abstumpfung der Menschen geführt hat und diese Aspekte nicht von der Vergesellschaftung der Produktionsmittel weggezaubert werden können. Die Ambivalenz von Produktivitäts- und Effizienzdenken, das gesellschaftliche Naturverhältnis und der bei Marx so wichtige Aspekt der Entfremdung bleiben ausgespart.

7. **Unkritisches Verhältnis zu Autorität**

“In jeder Bewegung gibt es eine Führung.” “Es gab nie eine Wahl zwischen Führung oder keiner Führung, sondern immer nur zwischen revolutionärer und reformis-

tischer Führung." "Eine Führung ist für uns nicht da, Führung zu sein und zu bleiben, sondern, um andere führungsfähig zu machen... Emanzipier dich selber ist einfach gesagt. Dafür brauchst du Führung, Menschen, die dabei helfen." (S. 26f)

Führung, Autorität, d.h. die Tatsache, daß Menschen Befehlsgewalt haben, wird hier nicht nur zur organisatorischen Notwendigkeit, sondern sogar zu einer anthropologischen Konstante: Menschen brauchen Führung. Auch Emanzipation, also Selbstbefreiung, braucht Führung. Damit ist Führung legitimiert und braucht nicht mehr zu fürchten, in Frage gestellt zu werden. Es gibt zwar gute oder schlechte Führung, aber Führungslosigkeit, Herrschaftsfreiheit, wird zu einer Unmöglichkeit, die im politischen Denken keinen Platz haben darf.

Fazit

Die Kritikpunkte lassen sich auf zwei Ebenen zusammenfassen. Einerseits wird eine sehr einfach gestrickte, verkürzte Kapitalismuskritik praktiziert, die in klaren

Trennungslinien denkt: Gut-Böse, Kapitalistenklasse-Weltarbeiterklasse, Unterdrücker-Unterdrückte. Eine kompliziertere Realität, in der z.B. ein Mensch innerhalb des Betriebs Unterdrückter und innerhalb der Familie Unterdrücker ist, in der z.B. gewalttätiger Rassismus nicht im Sinne der herrschenden Kapitalisten ist, kann mit diesen simplen Schemata nicht erfaßt werden. Damit zusammenhängend werden sämtliche nichtkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse (z.B. patriarchaler oder parteiinterner Art) ausgeblendet, so daß von einer Verkürzung auf (verkürzte) Kapitalismuskritik gesprochen werden kann. Grund dafür scheint eine fundamental unhistorische Einstellung zu sein, die heute mit den selben Mitteln und Zielen operiert wie 1917. Eine Einstellung, die nicht viel gelernt zu haben scheint aus den Verbrechen der an die Macht gekommenen sozialistischen Bewegungen und Parteien von der UDSSR über China bis Kambodscha. Diese Verbrechen sind nicht allein auf den bösen Stalin oder die entsprechenden bösen Partieliten zu-

rückzuführen. Sie sind als potentielle Gefahr angelegt in jeder Bewegung, die auf die zentrale Entscheidungskompetenz einer wohlmeinenden Gruppe von Revolutionären setzt.

Dieser Artikel ist geschrieben von der Gruppe I.N.Ka.K. (Institut für Nachhaltige Kapitalismuskritik). Wer Interesse am Thema des Artikels hat kann sich bei uns unseren neu erschienenen Reader bestellen. Neben den etwas ausführlicheren obigen Artikeln sind dort auch einige Ansätze für unserer Meinung nach unverkürzte Kapitalismuskritik, sowie etwas zum Thema Perspektiven des antikapitalistischen Widerstands zu finden.

Mehr Infos, Kontakt und Readerbestellung:

I.n.Ka.K.
o/o JUMP
Postfach: 30 61 37
20327 Hamburg
i.n.ka.k.@gmx .de

(Der Artikel wurde redaktionell leicht gekürzt)

Amerikanische Wissenschaftler beweisen: Wirtschaft studieren macht fies

Ökonomie sieht oft sehr nach einer exakten Wissenschaft aus. Logische Schlussfolgerungen, mathematische Formeln, eines folgt aus dem anderen. Aber alle Berechnungen und Schlüsse müssen einen Ausgangspunkt haben. Und hier, bei den Grundannahmen der Ökonominen können Zweifel angemeldet werden. Eine häufige Grundannahme ist etwa folgende: Der Mensch ist, jedenfalls wenn er wirtschaftliche Entscheidungen trifft, auf den eigenen Vorteil bedacht und geht rational vor, um ihn zu erreichen. 100prozentig unterschreiben würden diesen Satz zwar die wenigsten Ökonomen, doch gerade viele Grundgedanken, die man in einem Buch für Anfänger lernt, legen ihn als ungefähr richtig zugrunde. Beispiele aus dem praktischen Wirtschaftsleben scheinen ihn auch oft genug zu

bestätigen - und so müssen wir ihn wohl glauben, oder?

Oder auch nicht. Es könnte nämlich sein, dass sich die Wirtschaftswissenschaftlerinnen ihre praktischen Beispiele zum guten Teil selbst schaffen. Hinweise darauf liefern jedenfalls einige Studien, in denen

"ganz einfache" Voraussetzungen wirtschaftswissenschaftlicher Theorien überprüft werden sollten.

Ganz besonders gut untersucht worden ist die sogenannte "free rider"- oder Trittbrettfahrer-Hypothese. Dabei geht es um sogenannte "öffentliche Güter", solche Güter, die allen zur Verfügung stehen, ob sie zu ihnen beitragen oder nicht. Gerade in Sachen Umwelt gibt es viele solcher Güter: Die Luft an einem Ort ist für radelnde Ökos genauso sauber

oder schmutzig wie für den Besitzer einer örtlichen Chemiefabrik mit schlechter Filteranlage, der noch dazu einen Zwölfzylinder fährt. Der rational auf seinen Vorteil bedachte "homo oeconomicus", so sagt nun die Theorie, wird nichts dazu beitragen, solch ein öffentliches Gut zu schaffen oder zu erhalten. Auf seinen Anteil kommt es dabei ja nur wenig an, so dass er von seinem Aufwand keinen entsprechenden Nutzen hätte. Finden sich andere, die für das Gut etwas tun, so freut sich unsere Trittbrettfahrerin über den für sie kostenlosen Nutzen – aber freiwillig findet sich theoretisch sowieso kaum jemand. Auch wenn Ökonominen nicht erwarten, dass sich jeder so verhält, so nehmen sie doch – als etwas gemäßigttere Version der Hypothese - an, dass normalerweise nur sehr wenig

freiwillig für ein öffentliches Gut getan wird. Einige Wirtschaftswissenschaftler, die von der reinen Theorie allein offenbar wenig hielten, haben diese Hypothese durch Experimente untersucht.

Der Versuch lief ganz per Post und Telefon ab, die Teilnehmerinnen kamen also nie zusammen und kannten auch die Versuchsleiterinnen nur vom Telefon. Sie wußten aber voneinander, dass sie alle die gleiche Aufgabe hatten: JedeR hatte eine bestimmte Menge Geld zur Verfügung und konnte es auf zwei Kassen aufteilen, eine private und eine Gemeinschaftskasse. Das Geld aus der Privatkasse bekam jeder Teilnehmer am Ende des Experiments ganz einfach ausgezahlt. Das Geld in der Gemeinschaftskasse aber wurde vom Versuchsleiter vervielfacht (das Experiment war an der Stelle recht kompliziert, im Schnitt wurde es etwas mehr als verdoppelt) und dann gleichmäßig unter allen Teilnehmerinnen aufgeteilt. Alle Teilnehmer zusammen hätten also den größten Gewinn gemacht, wenn

ganz wenig für die Gemeinschaftskasse einsetzen. Ökonomen, die man vor dem Experiment nach einer Prognose gefragt hatte, rechneten im Schnitt mit 20% der Gelder für die Gemeinschaftskasse. 80% würde jede für sich behalten.

Sie haben sich deutlich verschätzt:

In vielen Varianten haben die Forscherinnen den Versuch wiederholt, und durchschnittlich kam knapp die Hälfte des Geldes für die gemeinsame Kasse zusammen. Wie das Experiment variiert wurde, spielte kaum eine Rolle - mit einer Ausnahme: Eine Versuchsreihe fand nämlich mit Wirtschaftsstudenten im Hauptstudium statt. Und die zahlten nur just die 20% in die Gemeinschaftskasse ein, die ihre Professorinnen vorausgesagt hatten. Die ökonomische Theorie schien also nur auf Ökonomen zuzutreffen...

Damit aber noch nicht genug: Am Ende des Experiments wurden die Teilnehmerinnen nämlich auch noch befragt. Einige Fragen dreh-

ten waren es dann auch, die sich im Experiment - nach eigenen Angaben - am wenigsten Gedanken um Fairness gemacht hatten.

Macht das Wirtschaftsstudium also egoistisch und fies? Die Studie allein beweist noch nichts - vielleicht sind es ja einfach besonders die kühlen, auf Eigennutz bedachten Rechner, die überhaupt ein Wirtschaftsstudium anfangen. Aber Ergebnis der Studie hat andere Wissenschaftlerinnen dazu gebracht, sich ebenfalls ans Forschen zu machen. Zunächst einmal gibt es nun eine Reihe von Untersuchungen, die das Ergebnis der ersten Studie stützen: Ökonomen neigen wirklich mehr als andere zu dem unkooperativen Verhalten, das die Wirtschaftstheorie vorher sagt. In einer neueren Untersuchung ging es dann auch um die Frage, ob das Wirtschaftsstudium nur die Folge oder auch die Ursache einer gewissen Fiesigkeit ist. Die Forscherinnen haben wieder ähnliche Experimente durchgeführt wie das oben beschriebene, diesmal aber mit Studierenden



Öko-Rating

Unternehmen im Umwelt-Check: Ergebnisse, Erfahrungen, Perspektiven

Trotz steigender Bedeutung ökologischer Aspekte von Unternehmen entsteht mehr und mehr ein Defizit an glaubwürdiger, umweltbezogener Information: Oft wird Umweltschutz als PR- und Marketinggag missbraucht, ohne dass tatsächliche ökologische Bemühungen im Unternehmen dahinterstehen. Hier kann das in diesem Band vorgestellte Öko-Rating Abhilfe schaffen: Öko-Rating ermöglicht die Bewertung der ökologischen Dimension von Unternehmen durch eine unabhängige Stelle und erzeugt Transparenz nach innen und außen. Die Autoren haben die bisherigen Erfahrungen mit diesem Instrument zusammengetragen und zeigen gleichzeitig die methodischen Möglichkeiten und Grenzen auf.

Schriftenreihe zur ökologischen Kommunikation Band 6
DM 39,80 (zzgl. Versandkosten)

sie alles in die Gemeinschaftskasse gezahlt hätten. Andererseits konnte jeder seinen persönlichen Gewinn steigern, indem er möglichst viel in seine Privatkasse steckte - seinen Anteil an der Gemeinschaftskasse bekam er ja auch dann. Absprechen und kontrollieren konnten die Versuchsteilnehmerinnen ja nichts. Von der reinen Wirtschaftstheorie her keine Frage:

Der "homo oeconomicus" würde alles in die eigene Tasche stecken.

Und auch nach der gemäßigten Variante der Hypothese würden die Teilnehmerinnen jedenfalls nur

ten sich um das Thema "Fairness" - wie viel Gedanken man sich darum bei der Entscheidung gemacht hatte und welche Aufteilung auf Privat- und Gemeinschaftskasse wohl fair wäre. Bei der Auswertung ergab sich ein Problem: Von den Wirtschaftsstudentinnen hatte über ein Drittel die Frage nach einer fairen Aufteilung gar nicht oder mit komplizierten Erklärungen, die nicht auszuwerten waren, beantwortet. "Es scheint", so schließt die Studie aus dem Ergebnis, "dass dieser Gruppe die Bedeutung von 'Fairness' in diesem Zusammenhang ein wenig fremd war". Die Ökonomiestuden-

verschiedener Fächer und Semesterzahlen. Und dabei zeigte sich: Zwar sind die Wirtschaftsstudien von Anfang an etwas weniger kooperativ als diejenigen in anderen Fächern, aber im Laufe des Studiums vergrößert sich dieser Unterschied noch deutlich. Und genauere Befragungen zeigen sogar einen

Zusammenhang zwischen den belegten Vorlesungen und der Einstellung zu Fairness und Eigeninteresse.

Wo die Grundannahme vom "homo oeconomicus" besonders betont gelehrt wird, neigen die Studierenden auch eher dazu, sich

entsprechend zu verhalten. So scheinen die Überlegungen der Wirtschaftswissenschaften doch einiges von einer selbsterfüllenden Prophezeiung zu haben - schließlich sind es zu einem guten Teil studierte Ökonomen, die in eben

der Wirtschaft wichtige Entscheidungen treffen, die dann wissenschaftlich beschrieben werden.

Männliche und weibliche Formen werden in diesem Artikel bunt gemischt benutzt. Das jeweils

andere Geschlecht ist natürlich immer mitgemeint.

Mark Obrebalski

WWW-Tipps zum Thema

Einer der aktivsten Teile der Bewegung gegen WTO & Co. ist die Peoples' Global Action, die unter <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/agp/> zu finden ist.

„50 Years is Enough“ hat unter <http://www.50years.org/> eine Menge Informationen über IWF und Weltbank anzubieten und setzt sich für eine grundlegende Reform dieser Organisationen ein.

Das Attac-Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte gehört zu den NGOs, die zum Thema Weltwirtschaft arbeiten und setzt sich unter anderem für die Tobin-Steuer, und einen Schuldenerlass für Entwicklungsländer ein: <http://www.attac-netzwerk.de/> ist die Adresse des deutschen Zweiges im WWW. Die gesamte internationale Organisation ist unter <http://www.attac.org/> zu finden

Immer wieder als Aktionsform beliebt in sozialen Bewegungen aller Art sind gefälschte Briefe, Broschüren oder andere Veröffentlichungen von Organisationen, die für Missstände verantwortlich sind. Mal sind es angebliche Freikarten für die EXPO, mal vorgebliche Verhaltensmaßregeln eines AKW-Betreibers für den Fall eines GAUs – und manchmal ist es eine Website, die auf den ersten Blick aussieht, als käme sie von der WTO. Mit der Adresse <http://www.gatt.org> hat sie sich sogar den Namen des WTO-Vorgängers gesichert, und weil die Seiten auch sonst sehr gut gemacht sind, scheint vielen auch auf den zweiten Blick nichts aufzufallen, wie eine Reihe von ernsthaften Anfragen in einem Forum belegt... Die „echte“ WTO-Seite ist übrigens unter <http://www.wto.org> zu erreichen.

Die Seite <http://www.protest.net/> will weltweit über anstehende Termine für Aktivisten informieren. Sehr viele davon betreffen internationale Wirtschaftskonferenzen.

<http://www.transnationale.org> sammelt Informationen über transnationale Konzerne und veröffentlicht sie in mehreren Sprachen. Die britische Website <http://www.corporatewatch.org/> hat sogar noch ausführlichere Informationen, allerdings mit starkem Schwerpunkt auf Großbritannien.

Umwelt- und entwicklungspolitische Verbände bilden das Forum Umwelt und Entwicklung, das sich in seiner AG Handel auch mit WTO & Co. beschäftigt. Die Website des Dachverbands ist unter <http://www.gmh.uni-mannheim.de/forum/> zu finden.

Der Wirtschaftsprofessor Karl Heinz Brodbeck hat unter <http://home.t-online.de/home/brodbeck/oeklinks.htm> eine seehr umfangreiche Liste mit Links zu wirtschaftlichen Themen zusammengetragen. Die mesiten sind nicht gerade alternativ, aber wer nach Daten und Organisationen sucht, hat gute Chancen, hier fündig zu werden.

Wer nach der Lektüre des Schwerpunkts Lust auf weitere Texte zu wirtschaftlichen Themen hat und vielleicht auch gleich selbst etwas dazu sagen will, sollte einmal auf <http://www.opentheory.org> vorbeischaun. Der Grundgedanke dieser Seiten ist, die Entwicklung von Theorien zu einer gemeinsamen und öffentlichen Angelegenheit zu machen und – nach dem Vorbild der freien Software – die Ergebnisse frei öffentlich verfügbar zu halten. Nicht alle Texte hier drehen sich um Wirtschaft, eine ganze Reihe ist aber dabei.

